



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0225390

P/XVI/147 - 4. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Teilung Deutschlands - Teilung Europas</u> Drei vordringliche Aufgaben bei der Aufklärung über das Deutschlandproblem Von Günter Markscheffel	45
2 - 3	<u>Was aus Workuta wurde</u> Vom Straflager zur Industriestadt Von Rudolf Hornig	69
3	<u>Gesamtdeutsche Aufgabe für Europa</u> SPD-Gespräch mit dem "Rat der Südostdeutschen"	28
4 - 4a	<u>Wiederholung der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein</u> Zum Spruch des Bundesverfassungsgerichts	56
5 - 6	<u>Zeitgeschehen ...</u> <u>"Doppel-Pensionär" Gladenbeck</u> Ein aufschlussreicher Brief an "Die Zeit"	65

* * *

* *

Teilung Deutschlands - Teilung Europas

Drei vordringliche Aufgaben bei Aufklärung über das Deutschlandproblem

Von Günter Markscheffel

Immer wieder stossen im Ausland tätige deutsche Politiker, Wirtschaftler, Wissenschaftler oder Journalisten selbst bei intelligenten Gesprächspartnern auf die Meinung, das Bemühen der deutschen Politik um die Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes sei ein ausschliesslich nationales, wenn nicht gar "nationalistisches" Anliegen. Viele unserer sogar gutgewillten Gesprächspartner - auch im neutralen Ausland - lassen hierbei alle Erinnerungen an die "Reichsideologie" vergangener Jahre und Jahrzehnte mitschwingen.

Zum Teil ist diese Auffassung dadurch entstanden, dass gelegentlich von Bundesbürgern so getan wird, als sei die Bundesrepublik das g a n z e Deutschland und als hätte man mit der offiziellen Europapolitik Vergangenes restlos überwunden. Dadurch entsteht bei vielen ausländischen Gesprächspartnern der Eindruck, die Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung habe sich mit dem jetzigen Zustand der Teilung Deutschlands abgefunden und das Drängen nach Überwindung dieses Unglücks sei etwas Unbequemeres, wenn nicht gar Schlimmeres...

Wo diese Meinungen sichtbar werden, sind sie im wesentlichen das Ergebnis einer ungenügenden Darstellungsweise des Schicksals der Deutschen. Genau in diese Lücke eines e u r o p ä i s c h e n Bewusstseins stösst die Propaganda Pankows und Moskaus hinein, die erreichen will, dass ein Separatfrieden zwischen Ulbricht und Chruschtschow in der ganzen Welt als "Normalisierung der Verhältnisse in Europa" anerkannt wird.

Wenn in diesen Tagen so viel von der Notwendigkeit gesprochen wird, die deutsche Sache überall wirkungsvoll zu vertreten, für mehr Aufklärung über das Deutschlandproblem zu sorgen, wird man an den Anfang eines solchen Bemühens folgende Aufgaben stellen müssen:

1. In der ganzen Welt sollte begreiflich gemacht werden, dass die Überwindung der Spaltung Deutschlands mit friedlichen Mitteln nicht ein spezifisch deutsches Ziel, sondern eine e u r o p ä i s c h e Aufgabe ist. Die Legalisierung der Spaltung Deutschlands ist gleichzeitig die Legalisierung der Spaltung Europas.
2. Ebenso wichtig ist der Hinweis darauf, dass wir Deutschen einen Friedensvertrag anstreben, der die berechtigten Sicherheitsansprüche nicht nur des deutschen, sondern a l l e r Völker anerkennt.
3. Das wiedervereinigte Deutschland will mit gleichen Pflichten und Rechten im Rahmen internationaler und vertraglich festgelegter Garantien seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der Welt leisten.

Diese Überlegungen entsprechen genau den Vorstellungen, die sich die zivilisierte Welt von den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten einer guten deutschen Politik macht; sie umfassen aber auch den Begriff des Selbstbestimmungsrechtes, das man heute allen Völkern - wenigstens theoretisch - zubilligt.

Was aus Workuta wurde

Von Rudolf Hornig

Der Name Workuta hat bereits vor dem letzten Weltkrieg durch seine Straflager in der ganzen Welt Schrecken verbreitet. Politische Strafgefangene waren es, die in den Jahren 1954/55 die ersten Kohlen des riesigen Kohlenvorkommens zu fördern hatten, das dieses Polargebiet unter dem 67. nördlichen Breitengrad inzwischen zu einer bedeutenden Industrielandschaft gemacht hat. Während des Kriegs wurden Tausende von deutschen Kriegsgefangenen zur Arbeit in Workuta eingesetzt, das als "Hölle von Workuta" eines der erschütterndsten Kapitel in der Leidensgeschichte dieser Gefangenschaft darstellt. Nur wenige deutsche Landser haben diese Hölle überlebt.

"Stadt auf ewigem Frostboden"

Heute ist dieses Workuta als "Stadt auf ewigem Frostboden" eine jener sowjetischen Polarstädte geworden, mit deren Einrichtungen die Moskauer Propaganda das Planziel zu bestätigen sich bemüht, der sowjetische Fortschritt sei in der Lage, den Menschen unter allen klimatischen Bedingungen erträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen. Die ständige Weiterentwicklung der Stadt hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass sie nicht nur zum Zentrum des nördlichsten Kohlenbergbaus der Sowjetunion, sondern auch zu einem Kulturzentrum der Polarregion geworden ist und dass auch auf dem Gebiete der Bodenkultur beachtliche Erfolge erzielt werden konnten. So ist es gelungen, den Weidenstrauch und die Birke an das polare Klima zu gewöhnen, so dass man jetzt sogar einen zentralen Stadtpark anlegen will. Ein grosses städtisches Treibhauskomplex liefert das ganze Jahr über frische Tomaten, Gurken, Radieschen und Zwiebeln.

Finnen fanden die "Flammensteine"

In der Gründungsgeschichte Workutas, die jetzt in die sowjetischen Schulbücher Eingang findet, spielt Lenin die massgebende Rolle. Rentierzüchter aus dem Stamm der Komi, eines ostfinnischen Volkes von etwa 350 000 Köpfen im äussersten Norden des europäischen Russlands, hatten am Ufer des Flüsschens Workuta, eines Nebenflusses der Petschora, glänzende schwarze Steine gefunden, die mit heisser Flamme brannten und die sie deshalb "Flammensteine" nannten. Sie brachten diese Steine nach Moskau und hatten eine lange Unterredung mit Lenin. Dieser habe dann die Geologen in Marsch gesetzt, die das riesige Kohlenvorkommen feststellten. Im letzten Kriege habe die Kohle aus Workuta eine besondere Bedeutung erlangt, als der Donbass in feindliche Hände geriet. Workuta lieferte die Kohle für Leningrad und für die sowjetische Ostseeflotte. Im Krieg habe man auch Bergbauveteranen aus dem Donbass und dem Kusbass nach Workuta dirigiert, wo sie "unter unglaublich schweren Verhältnissen" neue Förder-türme angelegt hätten und tief in das Erdinnere eingedrungen seien.

Lehmhütten - "Kulturpalast"

Einen Hinweis auf die grausamen Arbeitsbedingungen, unter denen die deutschen Kriegsgefangenen ihr Fördersoll erfüllen mussten, kann man aus der Feststellung der Stadtgeschichte herauslesen, dass sich die neue Stadt am linken Ufer der Workuta entwickelt habe, während am rechten Ufer "die Vergangenheit liege". Es sind dies überaus primitive Lehmhütten der "ersten Erbauer der Stadt", die sich an die Hänge schmiegen. In den ersten Stadtvierteln der heutigen grossen Siedlung stehen alle Häuser auf Pfählen, damit sie in dem ewigen Frostboden stabil gemacht werden konnten. Erst die spätere Entwicklung hat moderne Baumethoden anwenden und eine Reihe von grossen Bauten schaffen können. Im Zentrum der Stadt gibt es einen "Kulturpalast" der Bergarbeiter, ein grosses Breitwandkino, eine Schwimmhalle, sowie zahlreiche Schulen, Bibliotheken und Klubs-häuser. Die Stadt besitzt

ein Bergbautechnikum und ein Bergbauforschungsinstitut. Mit Stolz wird berichtet, dass es in der Stadt neben vielen Mittelschulen auch elf Musikschulen gibt.

Deutsche in Workuta

Am Aufbau von Workuta haben Menschen verschiedener Nationalität mitgearbeitet. "Nicht wenige von ihnen sind", wie es soeben die Moskauer Zeitung "Neues Leben" formulierte, "Sowjetdeutsche, die sich allgemeiner Achtung erfreuen". Einen guten Ruf als geschickte Organisatoren der Produktion haben sich z.B. die Revierleiter der Grube No. 40, Viktor Safreider und Franz Lorenz, sowie der Leiter der Grube No. 9, Simon Stiepelmann, erworben. Leiter der Produktionsabteilung im Volkswirtschaftsrat der Komi ist der Sowjetdeutsche Eduard Wertel. Als "Aktivisten der Arbeit" gelten der Führer einer Förderkombi Theodor Tiedemann und der Chauffeur Paul Kondel. Auch unter den Rentnern gibt es bereits zahlreiche "Sowjetdeutsche".

* * *

Gesamtdeutsche Aufgabe für Europa

SPD-Gespräch mit dem "Rat der Südostdeutschen"

sp - In einer Atmosphäre der Aufgeschlossenheit und mit dem Willen, sich gegenseitig besser kennenzulernen, haben am Montag die Vertreter des "Rat der Südostdeutschen" mit den SPD-Präsidiumsmitgliedern Herbert W e h n e r und Alfred N a u, sowie dem Mannschaftsmitglied Wenzel J a k s c h, MdB, eine freimütige Aussprache über die Ziele der deutschen Politik geführt. Es ist bedeutsam, dass die im "Rat der Südostdeutschen" zusammengefassten landmannschaftlichen Gruppen ohne Rückhalt der sozialdemokratischen Forderung zustimmten, eine zielbewusste deutsche Politik müsse den Begriff "Europa" als G a n z e s umfassen und dürfe sich nicht in kleineuropäischen Lösungen erschöpfen. Die Deutschen im Südosten Europas, nach dem Kriege zum Teil in die Bundesrepublik verschlagen, blicken auf eine jahrhundertlange Kulturarbeit in den Gastländern des Balkans zurück. Sie waren dort treue Staatsbürger der Gastländer und konnten vielfach bis zu einem gewissen Zeitpunkt fast uneingeschränkt das kulturelle Leben ihrer vor Generationen eingewanderten Väter erhalten. Erst durch den Wahrwitz Hitlers und seine "grossdeutsche Politik" wurden die Deutschen im Südosten Europas in eine isolierte Position gedrängt. Auch sie mussten nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches die Konsequenzen einer falschen deutschen Politik tragen. Diese Geschichte ihrer Herkunft schliesst bei Diskussionen über die deutsche Politik von heute Grenzprobleme aus. Bei den Deutschen Südosteuropas geht es hauptsächlich um die Erhaltung ihres Kulturerbes und den nutzbringenden und in vielen Generationen erprobten Brückenschlag zu den südosteuropäischen Völkern. - Der ersten Fühlungnahme des "Rat der Südostdeutschen" mit der SPD werden weitere Gespräche folgen. Man wird abwägen und gemeinsam beraten, auf welche Weise die Deutschen Südosteuropas ihren Beitrag zur Verständigung der Völker leisten können.

* * *

Wiederholung der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein

A.K.- Das Bundesverfassungsrecht in Karlsruhe hat jetzt auch das Kommunalwahlgesetz des Landes Schleswig-Holstein für verfassungswidrig erklärt. Genau wie im Saarland muss die am 25. Oktober 1959 durchgeführte Wahl wiederholt werden. In Kiel rechnet man damit, dass die Neuwahl unter Einhaltung aller Fristen für die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes und seiner Durchführung etwa im März 1962 erfolgen kann.

Wie bei allen bisherigen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe über die Verfassungswidrigkeit der Kommunalwahlgesetze wird auch in der neuesten Entscheidung erklärt, dass eine Reihe von Bestimmungen des bisherigen Gesetzes gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz und den Grundsatz der Gleichheit der Wahl verstosse. Vor allen Dingen richtet sich die Entscheidung gegen das Listenprivileg der Parteien. Wenn in dieser Entscheidung durchaus gewürdigt wird, dass laut Artikel 28, Absatz 2 des GG der Mitwirkung der politischen Parteien an der politischen Meinungsbildung auch in den Gemeindeparlamenten eine hervorragende Rolle zukommt, so wird doch einschränkend festgestellt, dass die im allgemeinen bestehende Vorherrschaft der politischen Parteien in den Gemeinden nicht durch Wahlrechtsprivilegien erleichtert werden kann. Diese Vorherrschaft könne nur im fairen Wettbewerb gegen örtliche Wählergruppen errungen und stets aufs neue behauptet werden.

Das Bundesverfassungsgericht kommt dann zu der bemerkenswerten Feststellung, dass in einer freiheitlichen Demokratie dem Bürger allein die Entscheidung überlassen werden müsse, von wem die Verwaltung der örtlichen Gemeinschaften im Einzelfall am besten wahrgenommen werden könne. Die in anderen Bundesländern erfolgte Korrektur der Kommunalwahlgesetze im Sinne der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts habe gezeigt, dass die politischen Parteien diese durchaus nicht zu scheuen brauchen.

Bedenklich war die auch im schleswig-holsteinischen Kommunalwahlgesetz erfolgte Festlegung, dass in kleinen Gemeinden sogenannte

Friedenswahlen durchgeführt werden konnten, d.h., dass in diesen Gemeinden, wo nur eine Liste eingereicht wurde, keine Wahlen stattfinden brauchten und die auf der Liste genannten Kandidaten als gewählt galten.

Hier kann man der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur zustimmen. In jeder Gemeinde muss dem Wähler eine Wahl ermöglicht werden. Das ist ein Erfordernis der kommunalen Selbstverwaltung, die dem Sinn unserer demokratischen Ordnung entspricht.

Die Gleichstellung der sogenannten Rathausparteien mit den politischen Parteien mag ein Schönheitsfehler sein. Wir haben nie den Rathausparteien das Wort geredet, hatten aber erhebliche Bedenken, sie durch eine gesetzliche Regelung zum Verschwinden zu bringen. Dies kann nur dadurch geschehen, dass den Wählern durch die politische Grundkonzeption der Parteien, durch ihr Verhalten und Wirken und ihre Leistung in den Gemeinden, gezeigt wird, dass auch in den Kommunen eine politische Entscheidung zu treffen ist. Die Sozialdemokraten haben eine solche Entscheidung nicht zu scheuen.

Bedauerlich ist nur, dass in Kiel nicht durch eine Korrektur des bisherigen Kommunalwahlgesetzes, wie in anderen Bundesländern, verhindert werden konnte, dass der Wähler nach so kurzer Zeit wieder zur Wahlentscheidung aufgerufen ist. Es ist zu hoffen, dass der Bundesgesetzgeber die ihm durch das Grundgesetz auferlegte Pflicht ein Parteiengesetz zu schaffen, im vierten Bundestag endlich erfüllt, um die Rechtsstellung der Parteien auf allen Ebenen, auch in den Gemeinden, endlich festzulegen.

* * *

Zeitgeschehen...

"Doppel-Pensionär" Gladenbeck

Ein aufschlußreicher Brief an "Die Zeit"

"Sehr geehrte Herren!

In Ihrer Ausgabe vom 23. Juni 1961 befassen Sie sich unter der Überschrift "Doppel-Pensionär" mit dem ehemaligen Staatssekretär im Bundespostministerium, Prof. G l a d e n b e c k , der wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes vorzeitig in den Ruhestand getreten war, danach aber Geschäftsführer bei der Gesellschaft Freies Fernsehen GmbH mit einem Jahresgehalt von DM 54.000.-- und weiteren jährlichen Zuwendungen von DM 36.000.-- geworden ist. Daneben bezieht er die ansehnliche Pension eines Staatssekretärs.

Es scheint Ihnen nicht bekannt gewesen zu sein, dass Prof. Gladenbeck ausserdem alleiniges Vorstandsmitglied einer Telegrafengesellschaft ist.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass der Bundesrechnungshof in seinem Prüfungsbericht vom 19.8.1958 (Bundestagsdrucksache Fr. 554) festgestellt hat, dass die Deutsche Bundespost während der Amtszeit des früheren Staatssekretärs Prof. Gladenbeck sehr erhebliche und nach Meinung des Bundesrechnungshofs widerrechtliche Zuwendungen an eine Telegrafengesellschaft gemacht hat. So hat die Telegrafengesellschaft von der Bundespost bis Ende 1955 insgesamt allein rd. DM 3.300.000.-- aus den Gebühreneinnahmen im Kabeltelegraphenverkehr mit Nordamerika erhalten, obwohl die Gesellschaft den Kabeltelegraphenverkehr mit Nordamerika überhaupt nicht bediente. Die Deutsche Bundespost hat nach den Feststellungen des Bundesrechnungshofs die Zuwendungen an die Telegrafengesellschaft gezahlt, obwohl diese Zahlungen weder im Haushalt der Deutschen Bundespost veranschlagt waren, noch ausserplanmässig von dem Verwaltungsrat der Bundespost und vom Bundesfinanzministerium genehmigt worden sind. Um die Zahlungen nicht als Ausgaben in Erscheinung treten zu lassen, hat die Deutsche Bundespost sie buchungsmässig von den Einnahmen abgesetzt. Sie hat damit gleich-

4. Juli 1961

zeitig die Brutto-Einnahmen verringert, nach denen die Abführungen der Bundespost an die Bundeshauptkasse berechnet werden. Nach dem abschliessenden Schriftwechsel zwischen dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen sind die Brutto-Einnahmen der Bundespost durch die Zahlungen an die Telegrafengesellschaft um insgesamt rd 5.4 Millionen DM gekürzt worden. Das ergibt eine der Bundeshauptkasse vorenthaltene Abführung von rd DM 370.000.--. Dieser Betrag ist im Jahre 1961 nachträglich gezahlt worden. Der Bundesrechnungshof kommt zusammenfassend zu folgender Feststellung:

"Die Deutsche Bundespost hat ihre Finanzhilfe an die Gesellschaft so zerstückelt und verdeckt gewährt, dass entweder der Eindruck der Planlosigkeit entsteht oder aber die Annahme begründet ist, der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen habe beabsichtigt, seine Subventionspolitik und deren finanzielle Auswirkung gegenüber den zur Beschlussfassung über den Voranschlag und über die Entlastung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung berufenen Organen - Bundesminister der Finanzen und Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost- sowie gegenüber dem Bundesrechnungshof als oberster Finanzkontrollbehörde zu veroccleiern".

Der Rechnungsprüfungsausschuss und der Haushaltsausschuss, schliesslich auch das Plenum des Deutschen Bundestages haben sich der Beanstandung des Bundesrechnungshofs angeschlossen und dafür gesorgt, dass der vorenthaltene Betrag von DM 370.000.-- nachträglich an die Bundeshauptkasse gezahlt wurde.

Der aus Gesundheitsgründen vorzeitig in den Ruhestand getretene Staatssekretär Prof. Gladenbeck ist nach seinem Ausscheiden alleiniges Vorstandsmitglied eben dieser Telegrafengesellschaft geworden!

Nach der Liquidation Freies Fernsehen GmbH wird Prof. Gladenbeck also nicht nur -wie Sie schreiben- Doppel-Pensionär sein, sondern er hat ausserdem ein gut dotiertes Amt als alleiniger Vorstand dieser Telegrafengesellschaft.

Wird nicht eigentlich häufig von Leuten auf den Versorgungsstaat geschimpft, die ihre eigene Versorgung bestens in Ordnung gebracht haben?

Hochachtungsvoll!
gez. Jürgensen, MdB"

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel